

# „Das politische Agendasetting ist das eine, die sicherheitspolitische Lage das andere“

## Warum Sicherheitspolitik und Koalitionsverhandlungen viel mit politischer Bildung zu tun haben

Autorin: Prof. Dr. Ursula Münch

Deri Ministerien, eine Arbeitsgruppe (AG). Wer – zu Recht – moniert hatte, außen- und sicherheitspolitische Themen hätten im letzten Bundestagswahlkampf keine Rolle gespielt, fühlte sich durch die Organisation der eigentlichen Koalitionsgespräche von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bestätigt: Von insgesamt 22 Arbeitsgruppen befasste sich genau eine mit den Themen „Sicherheit, Verteidigung, Entwicklung, Außenpolitik und Menschenrechte“. Wenigstens wurde nicht auch noch der Bereich „Europa“ in die AG integriert; der erhielt seine eigene. Auch das „Sondierungspapier“ der Ampelparteien vom Oktober 2021, das aber wohlbermerkt noch nichts mit einem Koalitionsvertrag zu tun hat, thematisiert die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen durch Autokratien wie Russland und China sehr zurückhaltend und spricht euphemistisch von einem „Systemwettbewerb“. Weder dieses Papier noch die öffentliche Debatte über Außen- und Sicherheitspolitik werden der aktuellen welt- und sicherheitspolitischen Lage gerecht. Natürlich! Es liegt in der Natur der Aufmerksamkeitsökonomie, dass sich diese Diskrepanz nur einer Teilöffentlichkeit erschließt. Daran haben weder das unrühmliche Ende des Afghanistaneinsatzes der westlichen Allianz noch die beeindruckende Evakuierungsaktion der Bundeswehr etwas geändert: Nach einigen Tagen des großen medialen und öffentlichen Interesses sowohl an den humanitären Folgen der Machtübernahme der Taliban als auch an einer Bilanz des Afghanistaneinsatzes gewannen schnell wieder andere Themen an Bedeutung.

Das öffentliche und politische „Agendasetting“ ist demnach das eine, die tatsächliche außen- und sicherheitspolitische Lage häufig das andere. In einer zunehmend durch die digitalen Plattformen und ihre Geschäftsmodelle geprägten Mediengesellschaft wird die Verzerrung zwischen dem scheinbar Interessanten und dem tatsächlich Wichtigen zusätzlich verschärft. Gleichzeitig gilt aber auch: Die dank der Fridays-for-Future-Bewegung dominierenden Themen globale Erderwärmung sowie klima- und sozialverträgliche Sicherung der Energieversorgung sind überlebenswichtig und vertragen tatsächlich keinen Aufschub.

Wir sind Zeitzeugen mehrerer großer Transformationen, von denen jede für sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft massiv unter Druck setzt. Die Globalisierung, weltweite Migrationsbewegungen, der Klimawandel, die digitale Transformation fast aller Lebensbereiche und natürlich auch die Pandemie sind die großen „Treiber“, durch die bekannte Probleme eine zusätzliche Dramatik erhalten. Sie konfrontieren uns – aber vor allem natürlich die Betroffenen in weniger begünstigten Regionen der Welt – zum Beispiel mit der Frage, welche Folgen es hat, wenn ohnehin so schwierig zu erreichende Ziele wie Verteilungs- und Chancengerechtigkeit unter den Druck der globalen Erderwärmung geraten. Hinzu kommt: Jede dieser großen Transformationen wirkt sich auch auf die globale außen- und sicherheitspolitische Lage aus – und zwar offenkundig zusätzlich negativ. Der dennoch geringe Stellenwert dieser Themen im zurückliegenden Wahlkampf ist auch deshalb bemerkenswert, weil in der Geschichte der Bundesrepublik mehrfach das Gegenteil zu beobachten war: Über die Westbindung, die Wiederbewaffnung, die Ostpolitik sowie die Nachrüstung wurde auch in den jeweiligen Wahlkämpfen erbittert gestritten. Zunächst hatte es den Anschein, als

Die Politikwissenschaftlerin und Autorin Prof. Dr. Ursula Münch ist seit 2011 Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am Starnberger See.

ob die friedliche Revolution der Jahre 1989/1990 und der Fall des Ostblocks die welt- und machtpolitische Konstellation dramatisch verändern würden. Das änderte sich bereits mit der ersten Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung: Der Kosovokrieg 1998/1999 inklusive der deutschen Beteiligung am NATO-Militäreinsatz, 9/11 sowie der anschließende Afghanistankrieg und schließlich der Streit um eine mögliche Beteiligung am Irakkrieg im Jahr 2002 trugen den Streit um eine der deutschen Geschichte und der bundesdeutschen Position in Europa und der Welt angemessene Außen- und Sicherheitspolitik für jeweils kurze Zeit hinein in deutsche Wohnzimmer und an die Stammtische.

Als Bürger\*innen einer freiheitlichen Demokratie beobachten wir die genannten großen Transformationen aber nicht nur, sondern wir nehmen auch Anteil daran, wie der Umgang mit ihnen politisch gestaltet wird, und zwar nicht nur durch unser Wahlverhalten, sondern auch dadurch, wie und worüber wir uns vor dem Hintergrund von Beruf, Herkunft und Werteorientierungen mit anderen austauschen und damit Teil der öffentlichen Debatte werden. Politische Bildung hat die Aufgabe, die Mitglieder eines Gemeinwesens zu einem möglichst rationalen Urteil über politische und soziale Fragestellungen zu befähigen und ihre Bereitschaft zu erhöhen, auch divergierende Interessen als jeweils legitim anzuerkennen.

Dass politische Bildung und Bundeswehr zusammengehören, ist jedem Angehörigen der Streitkräfte klar. Weniger bewusst dürfte vielen sein, dass dieser Zusammenhang natürlich wechselseitig besteht. Selbstverständlich müssen Soldat\*innen verinnerlichen, wodurch sich unsere liberal-demokratische Grundordnung von autokratischen Systemen unterscheidet. Sie müssen dafür eintreten, dass in einer freiheitlichen pluralistischen Demokratie unterschiedliche Interessen nicht nur zulässig, sondern auch erwünscht sind. Gleichzeitig gehören die Streitkräfte bzw. sicherheits- und außenpolitische Themen in die politische Bildung: Der Wunsch nach „Safe Spaces“ in der öffentlichen Debatte im Allgemeinen und der politischen Bildung im Besonderen, in denen sensible Zeitgenoss\*innen sich unbehelligt vom Unbill der Welt austauschen können, wäre Unfug und genau das Gegenteil von politischer Bildung: Diese verteidigt nicht nur die Kontroverse, sondern lebt sie auch.

Stoff für kontroverse Debatten gibt es offensichtlich genug: Nach einigen Jahren, in denen das sicherheitspolitische Desinteresse der Bundesdeutschen unbedenklich schien, wird der Westen inzwischen mit neuen Gegebenheiten konfrontiert.



Foto: Akademie Politische Bildung, Tutzing

Dennoch zeigt sich die bundesdeutsche Außenpolitik weder von der geopolitischen Neuausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik noch von der Aggressivität der Volksrepublik China oder Russlands beeindruckt. Außen- und sicherheitspolitische Fragen werden vielmehr auch von der künftigen Bundesregierung weitgehend gegner- und sogar interessenfrei gedacht. Die Einschätzung, alle internationalen Konflikte ließen sich durch Verhandlungen lösen, ist zwar deutlich sympathischer als die Krisen- und Kriegsrhetorik von gezielt auf Verunsicherung setzenden Extremisten in der AfD, unter denen sich zudem bemerkenswert viele Russlandsympathisanten finden. Wirklich realistisch ist eine pazifistische Grundhaltung aber nicht. Das zeigt sich ja nicht zuletzt daran, dass die aktuell debattierte soziale Härte der steigenden Energiepreise natürlich auch eine außenpolitische Komponente besitzt: Russland scheint nicht nur fähig, sondern auch bereit zu sein, Gas als Erpressungsmittel gegenüber der Ukraine und Europa einzusetzen. Entgegen der landläufigen Einschätzung weist die Außen- und Sicherheitspolitik also auch einen Bezug zum Alltag der Bürgerinnen und Bürger auf.

Trotz solcher Zusammenhänge tun sich Bündnis 90/Die Grünen, aber auch weite Teile der Sozialdemokratischen Partei in Fragen der Sicherheitspolitik erkennbar schwer: Die eigene >>

## An der Unterfinanzierung der Streitkräfte kann politische Bildung auch nichts ändern

Anhängerschaft verhält sich gegenüber allem Militärischen skeptisch und gibt einer defensiv angelegten Außenpolitik den Vorzug. An dieser Haltung wäre grundsätzlich nichts auszusetzen, wenn sie – so Stefan Kornelius in der Süddeutschen Zeitung vom 18. Dezember 2020 – nicht damit einherginge, dass „die Sicherheitspolitik mit ihrer Logik von Bündnissen und Abschreckung bis hin zur nuklearen Teilhabe prinzipiell infrage gestellt“ wird.

Die Gemengelage im Vorfeld der Regierungsbildung könnte also kaum schwieriger sein: Die Klimapolitik und die Energiewende müssen schon deshalb Vorrang genießen, weil noch mehr politische Verschleppung und individuelles Ausweichverhalten nie mehr zu beheben sein werden – von den sicherheitspolitischen Folgen ganz zu schweigen. All die weiteren umsetzungsintensiven und teuren Aufgaben sind bekannt. Diese Herausforderungen in Kombination mit einer gegenüber Militär und Verteidigungspolitik eher skeptisch eingestellten Öffentlichkeit dürfte in Anbetracht knapper Finanzen zu einer vorschnellen und auch sachlich falschen Prioritätensetzung bei anstehenden Kosten- und Nutzenkalkulationen führen. So ist es eine Verkürzung, die Debatte über den Zwei-Prozent-Wert auf den Streit über die Verbindlichkeit dieses Ziels für die bundesdeutsche Verteidigungspolitik zu reduzieren. Stimmgiger wäre es mit Wolfgang Ischinger zu fragen, wie viel Geld die Bundesrepublik Deutschland ausgeben muss, damit unsere eigene Sicherheit sowie die Sicherheit unserer NATO-Partner und die unserer (ost-)europäischen Nachbarn gewährleistet werden kann.

Allen Beobachtern und Kommentatoren sollte aber auch klar sein, dass die künftige Bundesregierung und der neu gewählte Deutsche Bundestag politische Mehrheiten für widerspruchsvolle Problemlösungen auf der Grundlage divergierender politischer Interessen finden und herstellen müssen. Selbst in unserem parlamentarischen Regierungssystem, in dem sich

die Regierung normalerweise auf ihre Mehrheit im Parlament verlassen kann, ist das eine kaum zu überschätzende Leistung. Die genannten Großen Transformationen in der geradezu vertrackten Kombination mit großer Zeit- und Finanznot, tiefer Uneinigkeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, einem immer noch von der Präsidentschaft Trump beeinträchtigten multilateralen System sowie dem sich rapide verändernden sicherheitspolitischen Umfeld sind – um mit Max Weber zu sprechen – extrem dicke Bretter.

Es irritiert nur auf den ersten Blick, dass manche Kräfte uns ausgerechnet in diesen politisch anspruchsvollen Zeiten glauben machen wollen, sie hätten die einfachen Lösungen zur Hand. Dahinter steckt natürlich die Hoffnung, man könne sich das Unbehagen an den Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft in Teilen der Bevölkerung für die eigenen politischen Machtgelüste zu eigen machen. Es reicht nicht aus, derlei extremistische Umtriebe besorgt zur Kenntnis zu nehmen. Zu den notwendigen Gegenmaßnahmen gehören auch Angebote der politischen Bildung, die nicht zwischen den Angehörigen der Streitkräfte und den normalen Bürger\*innen differenzieren, sondern die den Austausch von unterschiedlichen Sichtweisen auf Fakten, aber eben auch die Begründung für divergierende Interessen ermöglichen. Politische Bildung kann zwar weder die genannten großen Probleme lösen noch etwas daran ändern, dass die politische Entscheidung über die Priorität politischer Ziele und Aufgaben nie im Konsens gelöst werden kann. Sie vermag aber etwas Wichtiges zu leisten: Sie kann dahinterstehende Interessenlagen identifizieren und sichtbar machen, warum und wie die entsprechenden politischen Entscheidungen zustande kommen. Damit stellt sie Grundlagen und Rahmen für rationale öffentliche Debatten zur Verfügung und bietet denjenigen, die andere Gruppen in der Bevölkerung von der Dringlichkeit zum Beispiel sicherheitspolitischer Themen überzeugen wollen, ein Forum.

Politische Bildung hat auch nicht die Aufgabe, Politik besser darzustellen, als sie ist. An der Unterfinanzierung der Streitkräfte kann sie ebenso wenig etwas ändern wie an den bereits von der Weizsäcker-Kommission aufgezeigten „strukturellen Problemen“ der Bundeswehr. Etwas anderes kann sie aber sehr wohl leisten: Einblicke in die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessenlagen und in die Mühen der politischen Entscheidungsprozesse, aber auch Vergleiche mit den Lebensbedingungen in Autokratien, die widerstreitende Interessen nicht für das Lebenselixier einer freiheitlichen Demokratie halten, sondern für eine Bedrohung. Welche Schlussfolgerungen jede und jeder dann aus dieser Vermittlung und diesem Austausch zieht, bleibt grundsätzlich ihr oder ihm überlassen. Auch das ist kein Geschenk, sondern eine zu verteidigende Er rungenschaft. ■

Foto: Shutterstock



Schwerpunkt

# VOR MIR DIE FLUT

Bereits Außenstehenden fehlen angesichts der Flutkatastrophe im Ahrtal oft die Worte, schließlich geht die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) von 42.000 Betroffenen aus. Mindestens 17.000 von ihnen haben Hab und Gut verloren oder stehen vor erheblichen Schäden. Die Redaktion des AUFTRAG hat mit Betroffenen und Helfern gesprochen. Sie berichten auf den nächsten Seiten von ihren Erlebnissen. >>